

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 16 / 45. Jg.

22. April 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehn durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Litzow 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

DER SCHREI NACH ARBEIT

Außerordentlicher Kongreß der Gewerkschaften

Der für den 23. März berufene Außerordentliche Gewerkschaftskongreß mußte durch den Erlaß über den Osterfrieden vertagt werden, wollte der Kongreß die Öffentlichkeit für sich haben. Und die brauchte er, sollten seine Verhandlungen den erforderlichen Widerhall finden. Dadurch trat der Kongreß erst am 13. April im Reichstag zusammen. Seine Aufgabe war, die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen Deutschlands vor aller Welt darzulegen. Und das ist ihm restlos gelungen. Dem gewaltigen Eindruck, den alle Darlegungen erzielten, konnte sich niemand entziehen. Selbst der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der die Reichsregierung vertrat, mußte unter dem gewaltigen Eindruck der erhobenen Anklage versprechen, das Mögliche zur Beseitigung der Arbeitslosennot durch Beschaffung von Arbeit zu tun.

Schon die Eröffnungsrede des Bundesvorsitzenden des ADGB., Th. Leipart, zeigte den Ernst der Sachlage. Sie ist so grundlegend und bestimmend für die Stellungnahme der freien Gewerkschaften zur Wirtschaft und zur Arbeitsbeschaffung, daß wir sie zur Kenntnis der Kollegen im Auszug wiedergeben. Kollege Leipart führte aus:

Der ursprünglich auf den 23. März anberaumte Außerordentliche Gewerkschaftskongreß ist bis nach der Reichspräsidentenwahl verschoben worden, weil die Bedeutung des Problems, mit dem er sich beschäftigen soll, das Problem der Arbeitsbeschaffung, eine Erörterung des ganzen Fragenkomplexes in voller Öffentlichkeit und in Gegenwart der Reichsregierung unabweisbar erscheinen ließ.

Die Öffentlichkeit ist allmählich abgestumpft gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache, daß über 6 Millionen Deutsche arbeitslos sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.

Sie tun es nicht zum ersten Male. Seit Januar 1930 haben sie keine Gelegenheit vorübergehen lassen, auf die Notwendigkeit planmäßiger öffentlicher Arbeitsbeschaffung hinzuweisen, eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden zu fordern, auf ein Zusammenwirken aller verantwortlichen Stellen zu drängen, um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen.

Eine Politik der wirtschaftlichen Verständigung im übernationalen Rahmen wird durch tiefgreifende politische Widerstände er-

schwert, die auf den Krieg und auf den Versailler Vertrag zurückgehen und die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise unheilvoll verschärfen. Die Überwindung der Krise ist so schwer, weil sie zugleich eine wirtschaftliche und politische Krise ist, weil die drückende Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens zwi-

Funkruf für die Landtagswahlen!

Am 24. April wählen die Länder Preussen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg neu ihre Landesparlamente. Die Reaktion setzt an, die Demokratie durch Eroberung dieser Parlamente zu zerschlagen.

Dem muß Paroli geboten werden.

Die einzige Partei, die die Demokratie und damit zugleich die Interessen der Arbeiterklasse schützt und vertritt, ist die

Sozialdemokratische Partei!

Darum gehören am Sonntag, dem 24. April die Stimmen aller freien Gewerkschafter und ihres Anhangs der

Sozialdemokratischen Partei

Wählt nur Sozialdemokraten!

schon den Völkern und die sozialen und politischen Spannungen innerhalb der einzelnen Völker das Aufkommen eines auf Sicherheit der Verhältnisse gegründeten Vertrauens erschwert, das die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft ist. Trotzdem, nein, gerade deshalb haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die weltpolitische Verständigung eingesetzt, sind sie für eine internationale Kreditvereinbarung als finanzielle Grundlage einer großzügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten.

Aber die aktive Förderung internationaler Maßnahmen zur Linderung und Behebung

der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegnet, entheben die Reichsregierung und alle Stellen, die mit Verantwortungsbewußtsein an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung anzubahnen.

Der Bundesausschuß des ADGB. hat auf seiner Tagung im Februar 1932 zu den verschiedenen Finanzierungsplänen der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Der Gedanke, der ihn bei seinen Erwägungen über die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung leitete, war, daß unter allen Umständen die Währung nicht gefährdet werden dürfe. Ohne sich auf einen einzelnen Plan festzulegen, kam er zu dem Schluß, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken. Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wieder herstellen.

Die Deflationspolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten von einer bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gehenden Rücksichtslosigkeit. Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, sie zerstören nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung, sie steigern die innenpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten um so unvermeidlicher ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Aufwendungen, sondern nur Entschlußkraft erfordern, die Not zu lindern. Nichts ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsgelegenheit sind aber untrennbar verbunden.

Es ist ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer vielfach Überstundenarbeit geleistet wird, daß noch immer Leute, die Pen-

sionen beziehen, anderen Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienertums zu lösen.

Viele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufgehört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, wenn endlich die allgemeine gesetzliche Vierzigstundenwoche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Notverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Kostensenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dauernd wurden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Industrie, Handel und Gewerbe sind in immer größere Not hineingeraten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit und das Elend der Arbeitslosen ist mit jedem Angriff auf die Löhne gewachsen. Die zwangsweise Senkung der Preise hat nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Proz. aufzwingen.

Der Kongreß erhebt entschiedenen Protest gegen diese widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterschaft verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entsagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat insbesondere darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage: Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der erstgemeinten Befriedung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch der arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen? Kann also Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außen-

politischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik.

Das Referat über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung hielt der stellvertretende Bundesvorsitzende Eggert. Seine Beweisführung über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung war zwingend. Um die Kollegen möglichst ausführlich über den Inhalt des Referates zu unterrichten, wird es als gesonderter Artikel im Auszug im Verbandsorgan erscheinen.

Die dem Referat folgende Diskussion türmte noch bergehoch Material über Material für die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung auf. Besonders der preußische Ministerpräsident Otto Braun legte vom Gesichtspunkt eines Regierungsmannes die unerbittliche Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung dar. Nach seiner Meinung ist bei der außergewöhnlich hohen Leistungsfähigkeit der Industrie die 40stündige Wochen-Arbeitszeit noch viel zu lang. Daneben war die Debatte ein erneuter Beweis dafür, wie sehr den Gewerkschaften die Not der Arbeitslosen und ihr Wohlergehen am Herzen liegt. Der Außerordentl. Gewerkschaftskongreß faßte dann am Schluß seine Beratungen zusammen in folgender

Entschließung:

I.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfang, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflöhnen erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß erkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Überwindung gesteigert werden. Alle noch auftreibbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfaßten Beiträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstämmlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so auszugestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfang auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der

Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkorporationen gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaufkraft.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerläßliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

Kein Cent neues Kapital von Amerika

Bezeichnend für die grundlegende Änderung der internationalen Kapitalbewegungen ist die jüngste Statistik über die Anlagen im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres in den Vereinigten Staaten. Nachdem die Anlagetätigkeit in den Ver. Staaten im Jahre 1931 gegenüber 1930 auf knapp die Hälfte, die Auslandsanlagen sogar auf ein Viertel sanken, gingen die Kapitalanlagen im ersten Viertel des laufenden Jahres auf beinahe ein Zehntel der Anlagen in der gleichen Zeit des Vorjahres zurück. Davon erhielt jedoch das Ausland keinen einzigen Cent. Weder ausländische Staaten noch ausländische Unternehmungen konnten in diesem Vierteljahr auch nur die geringsten Anleihen in den Vereinigten Staaten unterbringen. Wie stark aber die Produktion in den Vereinigten Staaten selbst lahmgelegt ist, dafür zeugt, daß neue Anlagen für das Inland selbst im ersten Vierteljahr 1932 sich auf insgesamt 150 000 Dollars beliefen, d. h. so gut wie überhaupt nicht vorhanden waren. Allein Anleihen der öffentlichen Körperschaften und der privaten Versorgungsbetriebe haben eine Nachfrage nach Kapital ausgeübt, der vom Kapitalmarkt entsprochen wurde.

Frankreich das Land der Millionäre

Mit der stürmischen Entwicklung der französischen Wirtschaft zum Hochkapitalismus hin hängt es offenbar zusammen, daß im Land der Kleinsparer und Kleinrentner die Zahl der schweren Millionäre gewaltig anwuchs. Sie bleibt hinter den Millionären Englands nicht mehr zurück. Aus der amtlichen Erbschaftsteuer-Statistik für das Jahr 1930 geht hervor, daß es in diesem Jahr sieben Franzosen gab, von denen ein jeder mehr als 50 Millionen Franken hinterließ. Die Hinterlassenschaft dieser Personen belief sich auf 642 Millionen Franken. Im selben Jahr betrug die Zahl der Hinterlassenschaften zwischen 10 bis 50 Millionen Franken 62, zwischen 5 bis 10 Millionen 167, zwischen 2 bis 5 Millionen 522, zwischen 1 bis 2 Millionen 1002.

VERBAND UND BERUF

Stark bleiben!

Wie bereits berichtet, haben die Unternehmer die Tarife und auch die Notverordnungs-Lohnabkommen gekündigt. Hinter den Wahlkämpfen folgen also die Tarif- und Lohnkämpfe. Daß die Unternehmer noch nicht genug von der Wirtschaftsschrumpfung haben, beweisen zur Genüge ihre weiteren Forderungen auf Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dem kann nur durch die gewerkschaftliche Organisation entgegengewirkt werden. Wer sich auf die Schlichtungsbehörden verlassen wollte, wäre verlassen, wie der Schiedsspruch für das Baugewerbe mit seinem erneuten Lohnabbau beweist.

Wollen wir uns also gegen einen erneuten Abbau der Löhne und der Arbeitsbedingungen nach Kräften schützen, müssen wir uns unsere Organisation nicht nur erhalten, sondern stärken. In der Zeit der stärksten finanziellen Inanspruchnahme unserer Organisation liegt diese Stärkung in erster Linie in einer Konsolidierung der Beitragsleistung. Denn die von den Kollegen geleisteten Beiträge sind die einzigen finanziellen Mittel, die dem Verband zufließen. Von diesen Mitteln hat er in erster Linie die nach den gefaßten Beschlüssen festgelegten Unterstützungen zu zahlen. Wer seinen Beitrag nicht rechtzeitig und pünktlich zahlt spricht damit indirekt aus, daß den Arbeitslosen, Kranken und Invaliden die Unterstützung ebenfalls nicht rechtzeitig und pünktlich ausgezahlt werden soll. Das will sicher kein Kollege, aber wenn er unpünktlich seinen Beitrag zahlt, ist die Wirkung so.

Wie sind nun Beitrag und Unterstützungen bemessen. Da anscheinend Unklarheiten darüber bestehen, sei betont, daß sich an den seit dem 27. Dezember 1931 gültigen Beiträgen nichts geändert hat. Sie gelten nach wie vor. Um jede Unklarheit zu vermeiden sei erneut herausgestellt, wie sich die Beiträge bemessen. Der Beschluß lautet:

„Ab 27. Dezember 1931 tritt folgende Beitrags-erhebung in Kraft:

| | | |
|---------------------------------|-------------|----------|
| Bei einem Bruttolohn bis 25 Mk. | 1/4 Beitrag | 0,75 Mk. |
| „ „ „ über 25 „ bis 40 Mk. | 1/2 „ | 1,50 „ |
| „ „ „ „ 40 „ 55 „ | 3/4 „ | 2,25 „ |
| „ „ „ „ 55 „ | 1 „ | 3,00 „ |

Dieser Beschluß hat nach wie vor Gültigkeit!

Ebenso gelten noch die damals gefaßten Beschlüsse für die Unterstützungen. Die Kollegen wollen diese Beschlüsse erneut nachlesen, falls Unklarheiten vorhanden sein sollten.

Auch die Bedingungen für diese Beschlüsse sind noch voll in Geltung. Die Arbeitslosigkeit hat sich noch nicht gemildert und die Kurzarbeit ist noch immer im Gange. Beide zusammen wirken unverkennbar stark auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein. Ein entsprechendes Paroli vermag nur die Organisation zu bieten. Wollen wir uns also in den vor uns stehenden Tarif- und Lohnkämpfen behaupten, gibts nur eins: organisatorisch stark bleiben!

Streikbrecher und Nichtorganisierte erhalten die richtige Antwort

In der heutigen wirtschaftlich schweren Zeit wagen sich die sogenannten Auchkollegen, früheren gelben Jammergestalten, wieder hervor. Diese Heuchler und Kriecher glauben durch Verrat und Schmeichelei wieder Liebling bei den Unternehmern werden zu können. Sie sinken herab zum Charakterlumpen. Den Unternehmern ist dieses unterwürfige und kriecherische Wesen der Leisetreter sehr angenehm, solange sie ihre Vorteile und ihren Nutzen davon haben. Sobald aber die notwendigen Gewinne nicht mehr erzielt werden, dann fliegen diese Kriecher genau so wie jeder andere ehrliche Kollege auf Pflaster. Folgende Beispiele sprechen für sich selbst:

1. In einer Frankfurter Firma wurden zwei Zeichner wegen Arbeitsmangel gekündigt. Der eine Zeichner geht zum Unternehmer und bittet auf Grund seiner Nichtzugehörigkeit zur Organisation um Zurücknahme seiner Kündigung. Der Unternehmer lehnt die Zurücknahme der Kündigung ab mit dem Bemerkern: „Es ist nur gut, daß Sie keiner Organisation angehören, dann werden Sie auch nicht klagbar gegen die Firma vorgehen können.“ (Der organisierte Kollege klagte die ihm zustehenden Ferien ein.)

2. Durch eine Teilstillegung werden in einer Druckerei mehrere ältere Drucker entlassen. Ein

Drucker, früherer Streikbrecher, geht zur Firma und weist auf das ihm mündlich gegebene Versprechen hin: Es sei ihm bei dem Streik 1911 und 1912 als Streikbrecher Lebensstellung versprochen worden! Die Firma erklärte, sie könne sich nicht erinnern, dieses Versprechen gegeben zu haben. Das ehemalige Liebling wurde abgewiesen und entlassen.

3. Einem Streikbrecher werden als Belohnung für den Verrat an seinen Kollegen von der Firma die gleichen Leistungen im Krankheits-, Invaliditäts- und Sterbefälle zugesichert, wie sie der Verband seinen Mitgliedern gewährt. Sein Verrat hat den Streikbrecher nicht vor seiner Entlassung geschützt. Der Heuchler hat den Lohn erhalten, der ihm gebührt. Nach seinem Ausscheiden aus dem Betriebe erlischt nach dem Verträge die Verpflichtung der Firma zur Leistung im Invaliditäts-, Krankheits- und Sterbefälle. Arbeitslosenunterstützung wurde ihm überhaupt nicht zugesichert.

Viele andere Schmarotzer, die sich in sicheren Stellungen wiegen, teilweise 20 bis 25 Jahre in einer Stellung waren, wurden plötzlich auch auf die Straße geworfen. Diese Beispiele zeigen uns, daß diese Kriecher und Heuchler bei den Unternehmern nur solange geduldet werden, wie ihre Arbeitskraft gebraucht wird. Sobald die Arbeitskraft nachläßt, ist die Einigkeit mit dem Arbeitgeber vorbei, dann heißt es auch: Mohr, du hast deine Schuldigkeit getan, du kannst gehen!

Gr. Fr.

Zur Berufsstatistik

Wieviel Beschäftigte gibt es im Lithographieberuf in USA und Kanada?

Darüber war man bisher nur auf Mutmaßungen angewiesen. Nach dem USA.-Zensus von 1929 gibt es 16348 Lohnverdiener in 367 Etablissements, welche hauptsächlich lithographische Beschäftigung haben.

Dies ergibt ungefähr einen Durchschnitt von 45 Arbeitern auf einen Betrieb.

Es liegt noch eine andere Schätzung vor, die aber als zu hoch angesehen wird. Die Zahlen des Zensus von 1929 werden als endgültig richtig angesehen für USA und Kanada.

Unterstützungsleistungen der Newyorker Kollegen

Die beruflichen Geschäftsverhältnisse in Newyork zeigen noch keine Anzeichen von Verbesserung. Es ist noch keine Änderung zum Besseren in der Beschäftigung eingetreten. Im letzten Jahr hat die Kollegenorganisation in Newyork seit ihrem Bestehen die größte Summe für Unterstützungszwecke ausgegeben. Die genauen Zahlen sind wie folgt: Arbeitslosenunterstützung für 920 Mitglieder gleich 106355 Dollar. Krankenunterstützung für 148 Mitglieder gleich 8187 Dollar. Altersunterstützung für 40 Mitglieder gleich 963,50 Dollar. Für 6 Mitglieder (Spezial-Unterstützungsfonds) 421,60 Dollar. Für 39 Mitglieder (Nachlaß der Beiträge) 425 Dollar. Sterbekasse: Für 25 Mitglieder (Familien) 25000 Dollar. Weihnachtsunterstützung für 457 Mitglieder gleich 5255,50 Dollar. Besondere Unterstützung: 32 Mitglieder 513 Dollar. Zusammen: 147093,60 Dollar. Hinzu kommen noch die Kosten für Medikamente und zahnärztliche Praxis sowie Ausgaben für 30 Klagefälle.

Nürnberg-Fürths Stellungnahme zu den Wahlen

In einer vom Graphischen Kartell am 4. April in der Rosenau veranstalteten Kundgebung sprach der Bezirkssekretär des ADGB., Landtagsabgeordneter Erhard Kupfer, über die Bedeutung der kommenden Wahlen für die Gewerkschaften. In großen Zügen kritisierte er die von der Schwerindustrie gehaltene Nazipartei an der Hand von stichhaltigem Beweismaterial. Die Verrohung des politischen Kampfes wurde erst durch ihre Agitationsweise eingeführt. Man lebte bei den Krummkreuzlern wirklich in dem Wahne, schon am 13. März die politische Macht zu erobern und damit eine andere Zeit herbeizuführen. Die Ämter waren bereits verteilt und jeder Parteibuchbeamte hatte schon seinen gehobenen Posten. Der Eisernen Front ist es zu danken, wenn diese Illusionen nicht verwirklicht wurden. Im Interesse der deutschen Kultur liegt es, daß die zweite Wahl am 10. April und die bayerischen Landtagswahlen die erste Niederlage kräftig unterstreichen. Das wirtschaftliche Leichenfeld mit seinem Elend und der Verzweiflung ist der günstigste Nährboden

für diese neugeblen Sumpfpflanzen. Wenn Millionen arbeitslos sind, große und kleine Betriebe verkrachen, Sparer ihr Geld verlieren, die öffentlichen Finanzen durch die Auswirkungen der Krise in Unordnung geraten, an allem soll das System von Weimar schuld sein. Von den Millionen verwirtschafteten und verspekulierten Industriekapitals, den aufgeblähten Konzernen mit ihrem kostspieligen Verwaltungsapparat schweigt der „deutsche Sozialismus“. Ebenso von den Steuergeldern, die der Privatwirtschaft „leihweise“ zur Verfügung gestellt wurden. Ist doch der Großkapitalismus der Schöpfer und Nährvater des Faschismus. Die Fälle Fafag, Nordwolle, Schultheiß usw. sind nicht nur ein großer Schaden für die gesamte Volkswirtschaft, sondern auch ein Teil der Ursachen der Vertrauenskrise. Die Reden Hitlers auf der Tagung der rheinischen Industriellen in Düsseldorf, wonach die Gewerkschaften die Schuld am deutschen Wirtschaftunglück tragen, lassen erkennen, was unsere Organisationen von dieser Stelle zu erwarten haben. Solange die soziale Frage nicht gelöst ist, sind die Gewerkschaften eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Es muß der Welt zum Bewußtsein gebracht werden, daß der Faschismus aus innen- und außenpolitischen Gründen nicht zur Macht gelangen darf. Auch in den einzelnen Ländern des Deutschen Reiches muß darüber Klarheit bestehen. Der Redner skizzierte die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich, das über einen Goldbestand von acht Milliarden verfügt, wozu noch drei Milliarden Devisen kommen. Das Ausland hat 1,3 Milliarden Mark aus Deutschland zurückgezogen. Eine Verständigung mit Frankreich ist deshalb so schwer, weil dieses Land kein Vertrauen zu den politischen Parteien Deutschlands hat. Der nationalsozialistische Wahlsieg im September 1930 hat der Wirtschaft einen schweren Schlag versetzt. Damals begann die Millionenflicht des deutschen Kapitals. Die kurzfristigen Darlehen wurden gekündigt. Der zweite Schlag erfolgte zu Beginn dieses Jahres, als die Nazis erklärten, in kurzer Zeit die Macht zu übernehmen. Die guten Verbindungen, die über die Regelung der Reparationsfragen angeknüpft waren, sind wieder gelöst worden, weil man nicht wußte, wer auf deutscher Seite Partner sein wird. Sind die Reparationen auch nicht die Hauptursache der deutschen Krise, so bedeuten doch diese Zahlungen eine schwere Belastung für alle. Die psychologischen Voraussetzungen zur Lösung der Reparationsfrage sind vorhanden — aber nur, wenn das Ausland weiß, wer in Deutschland regieren wird. Wenn der deutsche Chauvinismus weiteren Zuwachs erhält, gibt es keine Verständigung. Die kommenden Wahlen haben demnach eine internationale Bedeutung. Das Stillhalteabkommen, das im Februar verlängert wurde, läuft im Juni ab. Das deutsche Volk ist auf die Weltwirtschaft angewiesen.

Ein Sechstel des deutschen Volkseinkommens wird durch die Warenausfuhr erzielt; von 60 Millionen Deutschen leben demnach 10 Millionen vom Export. Der Redner zerpfückte noch die Geldtheorien der Faschisten, die nationale Mark und das Stadtgeld ohne Gold- und Sachdeckung. Die Auswirkung solcher Experimente auf die Arbeiterschaft als Lohnempfänger und Verbraucher würde die Zustände der Inflationszeit wieder aufleben lassen. Der soziale Standard würde ständig sinken, weil die Kaufkraft nicht mehr stabil bleibt. Bei einer Naziherrschaft käme noch der Abbau aller sozialen Einrichtungen, der Nazibeamte wird dann allein bestimmen wer Unterstützung erhält. Unsere Faschisten sind auch für Einführung der Arbeitsdienstpflicht nach militärischem Vorbild. Als Beispiele wurden Koburg und Braunschweig angeführt. An Arbeitsobjekten fehlt es uns nicht, so sind z. B. 700000 Personen in Deutschland ohne eigene Wohnung, davon allein 50000 in Bayern. Für Wohnungsbauten hat der bayrische Staat kein Geld übrig, jedoch für die Sanierung von Industrieunternehmen, Banken und ländlichen Genossenschaften fand man immer Mittel und Wege. Die freiwilligen Millionenleistungen Bayerns an die Kirchengesellschaften lassen nicht auf einen verarmten Staat schließen. In sozialen Fragen sind die Länderparlamente zwar nicht Gesetzgeber, jedoch Vollzugsorgane des sozialen Rechts. Wir werden den angesagten Bürgerkrieg nicht tatlos abwarten und damit ebenso fertig wie mit dem Kapp-Putsch. Die Rettung deutscher Kultur und sozialem Lebens ist von dem Ausgang der nächsten Wahlen abhängig. In seinem Schlußwort forderte der Vorsitzende, Kollege Schatt, auf, die Nutzenwendung aus dem Gesagten bei den nächsten Wahlen zu ziehen. Eine Rechtsdiktatur würde die 50jährige Volkskultur der Arbeiterschaft mit ihren materiellen und ideellen Werten vernichten. Die politische und wirtschaftliche Herrenkaste nützt ihre Macht zur völligen Entmenschung der Arbeiterschaft. Der Arbeiter wird dann nicht mehr Objekt, sondern nur Subjekt der Gesetzgebung sein.